

Afghanistan zwischen dem 11. September 2001 bis zum 11. September 2021

Während der Auflösungserscheinungen der Sowjetunion entstand unter dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush sen. unter der Bezeichnung „The New American Century Theory“ die Idee einer alleinigen Weltvormachtstellung der USA.

Nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center in New York am 11. September 2001 kam es auf amerikanischer Seite zu diplomatischen Aktivitäten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Der amerikanische Vertreter des UNO Sicherheitsrates überzeugte die anderen UNO Mitglieder, dass das Attentat von Al Qaida unter Mitwirkung des Talibanregimes in Afghanistan durchgeführt worden war. Er machte ebenfalls Al Qaida für die Terroranschläge in Kenia und Tansania verantwortlich und forderte ein Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus. So kam es einen Tag später (12.Sep. 2001) zu zwei Resolutionen (S /Res. 1368 und 1373), die ohne Gegenstimmen verabschiedet wurden und in denen der internationale Terrorismus verurteilt und der aktive Kampf gegen ihn legitimiert wurde. Laut der amerikanischen Verfassung hat aber der Präsident kein Recht zu Kriegserklärungen, sondern muss den Senat von der Notwendigkeit überzeugen.

So verabschiedete der amerikanische Kongress daraufhin mit nur einer Gegenstimme der afroamerikanischen Abgeordneten Barbara Lee aus Kalifornien, ein Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.¹⁾

„ . . . der US-Kongress verabschiedete am 14. Sep. 2001 mit großer Mehrheit eine „Genehmigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen Terroristen“ (Authorization for Use of Military Force Against Terrorists, AUMF) und gab dem Präsidenten die Erlaubnis, alle „notwendige und angemessene Gewalt“ gegen jeden einzusetzen, der nach seinem Ermessen die Angriffe am 11. Sep. 2001 „geplant, autorisiert, durchgeführt oder unterstützt“ oder solchen Personen oder Gruppen geholfen hat . . . Das AUMF-Gesetz wurde im Senat mit 98 zu null Stimmen durchgewunken . . .“²⁾

Durch dieses Gesetz bekam Präsident George W. Bush jun. die Legitimation zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Laut oben genannten UNO Resolutionen und der Senatsentscheidung erhielten die USA das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung laut Art. 51 der UN-Charta. Dies bedeutete, dass aufgrund Amerikas Mitgliedschaft in der NATO Art. 5. die anderen Staaten ebenfalls zum Handeln verpflichtet waren.³⁾ Unter Führung von Außenminister Colin Powell kam es zu einer Pendeldiplomatie mit Reisen in verschiedene Länder.

So kam es am 7.10.2001 zu einer kriegerischen Intervention in Afghanistan und schließlich mit Hilfe der Nordallianz zum Sturz des Taliban-Regimes in Kabul am 13.11.2001. Die Al Qaida Führer befanden sich in Afghanistan und hatten aus amerikanischer Sicht die Pläne für die Anschläge in Amerika durchgeführt, um die Taliban hatten als Gastgeber der Terroristen dabei geholfen. Die NATO Truppen wurden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt.

Nach der Entmachtung der Taliban fand in Bonn auf dem Petersberg vom 27.11. - 5. 12. 2001 eine Konferenz statt mit dem Ziel der Bildung und Legitimierung der neuen afghanischen Regierung und Entmachtung der Taliban.

Als deren Ergebnis kam es zu einer Übergangsregierung mit Ernennung von Hamed Karzai als Präsident. Die weitere Legitimierung des Einsatzes der ISAF (International Security Assistance Force – NATO-Mission in Afghanistan 2001-14) geschah durch die Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates vom 20. Dez. 2001.

Um den langfristigen Aufenthalt der amerikanischen und anderen NATO Staaten, sowie die UNO - Aktivitäten in Afghanistan zu legitimieren, unterzeichneten die oben genannten Institutionen und die neue afghanische Regierung einen Vertrag. Durch diesen Vertrag wurde Afghanistan quasi ein Protektorat mit entsprechender innerer Sicherheit, abhängig von den NATO-Staaten.

Der Preis dafür war eine bis heute andauernde Abhängigkeit in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Zwar hatte die internationale Staatengemeinschaft den Demokratisierungsprozess im Land unterstützt und die Gewaltenteilung, Frauenrechte und weitere Menschenrechte, wie z.B. Meinungsfreiheit u.a. ansatzweise durchgesetzt, aber leider bei der Auswahl der verantwortlichen Personen die falsche Wahl getroffen. Denn anstatt unbelastete Fachleute und junge „Kreativdenker“, die häufig ins Ausland geflüchtet waren, zurückzuholen, setzte man auf den ehemaligen Mujaheddin Karzai, der mit seinen alten Mitkämpfern grundsätzlich antidemokratische Kräfte in die Regierung berief. Das bedeutet eine korrupte afghanische Regierung vom Beginn bis zum heutigen Tag.

Bei der Intervention und Staatsbildung kam es m.E. zu sieben gravierenden Fehlern:

1. Zusätzlich zu den bei der Nordallianz vorhandenen Waffen erhielt diese Gruppierung weitere großzügige Unterstützung durch Waffenlieferungen der NATO-Staaten. Diese Waffen wurden auch nach dem Ende des Taliban Regimes weiter benutzt. Später bildeten die NATO-Staaten bei Reduzierung ihrer Truppen sog. „Selbstverteidigungsgruppen“ aus zum Kampf gegen Al-Qaida und Taliban und unterstützten diese militärisch. Auch diese Kämpfer sind bis heute bewaffnet;
2. Die Auswahl der Berater, Dolmetscher und Übersetzer für die Gespräche zwischen ausländischen Politikern und Beratern mit den afghanischen Behörden und Verantwortlichen war von Anfang an fehlerhaft, da längst nicht genügend fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung stand, das ausreichend mit Sprache und Kenntnis der afghanischen Kultur und Tradition vertraut war. Viele dieser Übersetzer waren entweder im Ausland geborene Afghanen, oder stammen aus dem Nachbarstaaten Afghanistan aus dem Iran aus Pakistan und Zentralasiatischen Staaten. Dadurch kam es von Anfang an zu schwerwiegenden Missverständnissen mit weitreichenden Konsequenzen.
3. Die von den Alliierten verfolgte „Dollar diplomacy“ – die Zahlung von großen Geldsummen an die Feldkommandanten der ehemaligen Mujaheddin erwies sich als langfristig kontraproduktiv, ebenso die sogenannten NGO's (Non – Governmental Organization) bei denen häufig Entwicklungsgelder in dunklen Kanälen verschwanden. Dadurch wurde die Macht der Warlords ausgebaut. Sie sind bis heute wirtschaftlich und politisch zu einflussreich ⁴⁾;
4. Die Geberstaaten investierten ihre Hilfsgelder weitgehend in Bildungsprojekte, wie den Aufbau der Frauenrechte, die Alphabetisierung und die Demokratisierungsprojekte vor allem in den Städten vorantreiben sollten, aber zu wenig in die Infrastruktur der Landwirtschaft und Bildungsprojekte für die Dorfbevölkerung, obwohl es militärisch/zivile „Provincial Reconstruction Teams (PRT)“ für den zivilen Wiederaufbau in den ländlichen Gebieten gab, den Ausbau der vorhandenen Fabriken und damit in eine Arbeitsbeschaffung für die Mehrheit der Bevölkerung;
5. Anstatt eine Armee von Wehrpflichtigen weiterzuentwickeln, die schon seit der Unabhängigkeit Afghanistans 1919 bestanden hatte und die für ihren Staat und ihre Heimat kämpfen, schuf man eine Berufsarmee, die nur am Verdienst interessiert war und deren Kampfkraft nach dem Abzug der NATO-Truppen als gering eingeschätzt wird;
6. Keine ausreichende Kontrolle über die Geldflüsse der verantwortlichen Politiker, die sich und ihre Klientel offensichtlich bereicherten, die aber, obwohl es dem Kontrollorgan in den USA „Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction“ (SIGAR) bekannt war, nicht ausreichend zur Rechenschaft gezogen wurden;

7. Taliban und Al-Qaida wurden auf ihrem Rückzug nach Pakistan nicht ausreichend verfolgt. So konnten sie sich in Pakistan wieder organisieren und bedrohen mit Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes (ISI) den Weltfrieden bis heute.

Durch ständige Überfälle von aus Pakistan operierenden Taliban und Al-Qaida kam es zu einem sogenannten „Schattenkrieg“ in Afghanistan gegen die NATO-Truppen und das Karzai-Regime. Aufgrund der enormen Kriegsführungskosten, der menschlichen Verluste und der zunehmenden Korruption der afghanischen Regierung entstand nach der Bush-Ära unter Barack Obama ein gewisses Umdenken. Nach dem Tod von Bin Laden 2011, kam es ein Jahr später zur Eröffnung eines Vermittlungsbüros in Katar, womit die Taliban ihre prinzipielle Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck bringen wollten. Dieses Büro wurde von der amerikanischen Regierung „de facto“ anerkannt.

Als Trump 2016 an die Macht kam, versprach er dem amerikanischen Volk einen völligen Truppenrückzug aus Afghanistan und dem Irak. Dies geschah aus überwiegend wirtschaftlichen und innenpolitischen wahltaktischen Erwägungen. Trump sagte bei einem Treffen mit John Bolton: „. . . Wir werden nie hier rauskommen. Das hat ein Dummkopf namens George Bush verzapft, sagte er zu mir. Millionen von Menschen wurden getötet, Billionen von Dollar, und wir schaffen es einfach nicht. . . .“⁵⁾

Im amerikanischen Kongress gab es diesbezüglich zwei verschiedene Sichtweisen:

Eine Gruppe von Senatoren und Abgeordneten, hauptsächlich Republikaner um Trump, hielt weitere Kriegshandlungen für unsinnig, da die Anführer von 9/11 inzwischen entweder tot oder unauffindbar waren. Weitere Kriegshandlungen wären sehr kostspielig und würden unschuldige Leben gefährden.

Die andere Gruppe, bestehend aus Mitarbeitern des CIA, Mitgliedern des Verteidigungsministeriums und Demokratischen Senatoren wollte eine dauerhafte Präsenz in Afghanistan und der Region, um die erzielten demokratischen Fortschritte, wie Frauenrechte, Meinungsfreiheit und Wiederaufbau in Afghanistan nicht zu gefährden. Diese Gruppe wollte das afghanische Volk mit seinen Problemen nicht allein lassen.

Wegen dieses Widerstandes konnte Trump sein Versprechen des völligen Truppenabzuges nicht einhalten und entschied sich wegen der im Jahre 2020 erneut stattfindenden Wahlen für einen Mittelweg: dieser beinhaltete eine Truppenreduzierung, eine Verkürzung der finanziellen Unterstützung für Afghanistan und eine Verhandlungslösung mit den Taliban.

„. . . In Afghanistan führt meine Regierung konstruktive Gespräche mit einer Reihe afghanischer Gruppen, darunter mit den Taliban. Wenn wir bei diesen Verhandlungen Fortschritte machen, werden wir in der Lage sein, unsere Truppenpräsenz zu reduzieren und uns auf die Terrorismusbekämpfung zu konzentrieren.“⁶⁾

Das US-amerikanische Recht erlaubt, dass im Interesse der „Nationalen Sicherheit“ die USA Verhandlungen mit sogenannten „Befreiungsorganisationen“ führen und Vereinbarungen treffen dürfen. Aber aus völkerrechtlicher Sicht ist allein der Staat das Subjekt des internationalen Rechts. (Vgl. Charta der UN, Statuten des IGH in Den Haag) Er übernimmt die Verantwortung und hat dadurch alle Rechte und Pflichten gegenüber seinem Staatsvolk und gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Somit sind die Verhandlungen der Regierung Trump mit den Taliban ohne Beteiligung der afghanischen Regierung eine Verletzung aller Regeln des Völkerrechts.

Im Bezug auf das Afghanistanproblem hätten aber auch die afghanische Regierung, die in Afghanistan engagierten NATO-Staaten und natürlich auch die Regionalstaaten an den Verhandlungen beteiligt werden müssen.

Das Abkommen zwischen den USA und den Taliban

Für diesen Zweck ernannte Trump den aus Afghanistan gebürtigen Sonderbeauftragten Salmai Khalilsad, der als Mitglied der Republikanischen Partei hochrangige Aufgaben u.a. als

Botschafter der USA in Afghanistan, dem Irak und der UNO ausgeübt hatte. Er ist ein ausgesprochener Kenner der heutigen politischen Situation und verfügt über gute persönliche Kontakte zu den verschiedenen afghanischen Akteuren. Khalilsad war seit der sowjetischen Invasion bis zur Gegenwart derjenige, der alle Entscheidungen der jeweiligen amerikanischen Regierungen rückhaltlos und ohne erkennbar eigene Meinung, getragen und ausgeführt hat.

Zu Beginn seiner Ernennung besuchte er einige arabische und asiatische Länder, traf sich mit Vertretern der Taliban in Katar, mit der Nordallianz in Mazar-e-Scharif sowie mit der afghanischen Regierung in Kabul.

Durch Gespräche mit Vertretern der Taliban wollte er einen Waffenstillstand mit der afghanischen Regierung und den NATO Truppen erreichen. Ebenso sollten die Taliban ihre Beziehung zu Al-Qaida verändern und ab sofort gegen diese kämpfen und die Unterstützung internationaler Terrorgruppen sollte in Zukunft unterbleiben. Auch sollten sie einen Kompromiss mit der afghanischen Regierung unter Führung von Aschraf Gani eingehen und eine kleine amerikanische Truppenstationierung sowie das Verbleiben von einigen CIA-Agenten in Afghanistan dulden. Bei entsprechender Akzeptanz versprach man den Taliban wirtschaftliche und militärische Hilfe.

Die Taliban jedoch wollten die afghanische Regierung nicht anerkennen, sondern verlangten einen Regimewechsel von einer Republik zu einem Emirat mit entsprechender Verfassungsänderung auf der Basis der Scharia. Ebenso sollten 5000 gefangene Taliban entlassen werden und die Taliban von der „Schwarzen Liste“ gestrichen werden. Alle NATO- und amerikanischen Truppen sollten sich aus Afghanistan zurückziehen und die reguläre afghanische Armee aufgelöst werden.⁷⁾

Diese geheimen Verhandlungen fanden auf Wunsch der Taliban sämtlich ohne Beteiligung der afghanischen Regierung statt. Diese zweigleisige Politik der USA – einerseits die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der afghanischen Regierung und andererseits die einseitigen Verhandlungen und Abmachungen mit einer Terrororganisation, die diesen Staat beseitigen will – bringt jedoch keinen Frieden, sondern eine Wiederholung des Bürgerkriegs der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Am 29. Februar 2020 wurde schließlich in Doha / Katar ein Abkommen der USA und der Taliban unterzeichnet, womit ein Friedensprozess eingeleitet werden sollte. In ihm wurde ein Waffenstillstand und stufenweise Truppenabzug bis Ende Mai vereinbart. Gefangene sollten ausgetauscht werden (bis 5000 Taliban gegen 1000 gefangene Regierungssoldaten) und innerafghanische Friedensgespräche sollten eingeleitet werden.

Da die Taliban bis zur Entlassung der 5000 Gefangenen aus den afghanischen Kriegsgefangenenlagern eine Gesprächsführung mit der afghanischen Regierung verweigerten, fanden weiterhin Kämpfe und Terroranschläge gegen die afghanische Regierung und die Zivilbevölkerung statt. Der Waffenstillstand gegen die Auslandstruppen wurde eingehalten.

Da nach Wunsch der Taliban auch 400 sehr gefährliche bereits verurteilte, kriminelle Al Qaida - und Taliban-Mitglieder freigelassen werden sollten, fand Anfang August 2020 in Kabul eine „Loya-Jirga“ zur Abstimmung statt. Unter Druck von Khalilsad und Vermittlung von Ex-Präsident Karzai und anderen einflussreichen Personen wurde der Freilassung zugestimmt. Diese Entscheidung widerspricht eindeutig der afghanischen Rechtssprechung. Sie ist gegen die afghanische Verfassung und verletzt die Rechte der Opferfamilien. Es war eine rein politische Entscheidung.

Die Strategie mit den Taliban beinhaltet, dass diese beim Rückzug der NATO Truppen als Garant der Interessen Amerikas verbleiben. Hierbei besteht jedoch folgende Gefahr: Durch enge Verbindung der Taliban mit dem pakistanischen Geheimdienst kann es zu einer pakistanischen Machtausbreitung mit Hilfe eines völkerrechtlichen Konföderation-Vertrages in Afghanistan kommen. Dann wäre Afghanistan praktisch die 5. Teilrepublik Pakistans mit der Staatsform eines Emirats. Dieses Szenario wäre mit einem dauerhaften Frieden in der Region nicht vereinbar.

In dem Abkommen fehlen wichtige Konfliktpunkte:

- Zukünftige Staatsform (Emirat oder Republik mit demokratischer Verfassung)
- Frauenrechte und Meinungsfreiheit
- Schicksal der Talibankämpfer und der afghanischen Armee

Interne und externe Reaktionen auf dieses Abkommen

Der Erfolg oder Misserfolg dieses Abkommens wird in Zukunft abhängig sein von internen und externen Akteuren. Ein Konsens besteht diesbezüglich darin, dass Frieden geschaffen werden muss. Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch über die Definition Frieden: sowohl aus interner als auch aus externer Sicht.

Interne Reaktionen

- Die afghanische Regierung

Prinzipiell sah die afghanische Regierung das Abkommen in wichtigen Punkten als positiv an. Da sie jedoch an den Verhandlungen nicht teilnehmen durfte und es große inhaltliche Differenzen gibt, kritisierte sie dieses Abkommen. Zum Beispiel war ungewiss, was aus den freigelassenen Talibankämpfern werden sollte, ebenso die Frage der zukünftigen Staatsform.

Der Friedensprozess könnte sich aus Sicht der afghanischen Regierung nur bei einer Zusammenarbeit der Taliban mit der Regierung und nicht allein mit den USA und der Nordallianz entwickeln. Außerdem versuchte die afghanische Regierung Zeit zu gewinnen, um die Wahlen im Nov. 2020 in Amerika abzuwarten. Die Trump-Regierung wünschte jedoch wegen dieser Wahlen schnelle Ergebnisse.

- Die Nordallianz

Die Nordallianz akzeptierte das Abkommen und war zur Zusammenarbeit mit den Taliban unter bestimmten Voraussetzungen bereit, wie Schaffung einer Republik und Anerkennung von Frauenrechten. Frieden aus ihrer Sicht ist nur mit ihrer Beteiligung denkbar. Im Vorfeld hatte es bereits zwischen diesen Parteien einige Treffen in Doha und Moskau gegeben. Dies geschah wieder ohne Beteiligung und ohne Zustimmung der Regierung und stellt aus völkerrechtlicher Sicht eine Einmischung in innere Angelegenheiten dar (laut Art. 2. Abs. 7 der UN-Charta). Hinzu kommt, dass die Vertreter der Nordallianz zerstritten sind und ausschließlich ihre Gruppeninteressen in einer zukünftigen Regierung sichern wollen.

- Das Afghanische Volk

Die Sichtweise des afghanischen Volkes ist unterschiedlich:

Die gebildete städtische Bevölkerung möchte Frieden, jedoch ohne Wiederholung der Repressalien durch die Taliban. Sie wünscht weiterhin die Unterstützung der NATO und der USA und sieht das auch als deren Pflicht an. Sie wünscht eine Weiterführung und Entwicklung der Demokratisierung des Landes. Aber leider ist der Einfluss dieser Gruppe sehr gering.

Die Landbevölkerung, die zum größten Teil aus Analphabeten besteht, ist aus wirtschaftlichen Gründen und aus Verunsicherung oft mit den Taliban verbunden. Für diese Menschen ist es egal, welche Staatsform Afghanistan hat, oder ob amerikanische Truppen bleiben oder gehen, so lange ihre Sicherheit gewährleistet ist. Sie möchten nur in Frieden leben und auf ihren Feldern arbeiten können.

Externe Reaktionen

- Reaktionen des Iran, Russlands und Chinas

Iran, Russland, China sowie die Zentralasiatischen Staaten begrüßten grundsätzlich das Abkommen. Mit einem weiteren Verbleiben der reduzierten Truppen waren sie einverstanden, da sie diese als Garant für Frieden betrachten. Bei einem plötzlichen und kompletten Truppenabzug befürchteten sie ein politisches Chaos und die Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges.

Sie wünschten jedoch eine Änderung der Außenpolitik der USA und der NATO-Staaten in Bezug auf ein „Regime Change“. Eine Re-Islamisierung der sunnitischen Bevölkerungsteile in der zentralasiatischen Region, sowie separatistische Bewegungen, sollten unterbleiben. Abgelehnt wurde ebenfalls eine Erstarkung der sunnitischen Taliban.

Der schiitische Iran befürchtete bei Rückkehr der Taliban eine Bedrohung durch die sunnitischen Staaten wie Saudi Arabien, der Golfstaaten und Pakistans. Die unterdrückte sunnitische Minderheit im Iran könnte sich mit diesen Staaten verbünden. Ebenso stört es den Iran, dass die Taliban mit ihrem Todfeind USA zusammenarbeiten.

Russland und China befürchteten ein Wiedererstarken des Terrorismus durch tschetschenische und uigurische islamistische Separatisten, die früher auf Seiten der Taliban gekämpft haben. So kommt es zu einer neuen Allianz der Regionalstaaten, die eine Stärkung des sunnitischen Islam als Bedrohung ansehen. Die verbliebenen NATO-Truppen aus Sicht dieser Länder sollten gegenüber diesen Separatisten eine Kontrollfunktion haben.

Soweit die damaligen Vorstellungen von Frieden aus Sicht des Iran, Russlands, Chinas und der Zentralasiatischen Staaten.

- Reaktion Indiens

Indien begrüßte prinzipiell das Abkommen, will jedoch um jeden Preis ein Erstarken des Erzfeindes Pakistan verhindern. Aus Sicht Indiens sind Pakistan und die Taliban eng verbunden. Der schwelende Grenzkonflikt um die Kaschmir-Region wäre bei einem Erstarken von Pakistan für Indien nachteilig. Die traditionell guten Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan könnten außerdem bei Erstarken der Taliban in Gefahr geraten.

Zu einer Vorstellung von Frieden aus indischer Sicht gehört, dass sich Afghanistan zu einem neutralen Staat entwickelt. Extremistische Pakistan-freundlich-orientierte Bewegungen werden abgelehnt.

- Reaktion Pakistans

Pakistan ist der einzige Staat, der das Abkommen vorbehaltlos unterstützt. Bei einer zukünftigen talibanfreundlichen afghanischen-Regierung käme es zu einem Erstarken von Pakistan. Das Paschtunistan-Problem und die Frage der Durand-Linie würden dann im Sinne von Pakistan gelöst werden können. Pakistan möchte natürlich den Einfluss Indiens minimieren um ungestört eine Konföderation mit einem zukünftigen Afghanistan durchführen zu können. Insgesamt wird der Einfluss von Pakistan auf Afghanistan größer. Zu diesem Zweck hatte die pakistanische Regierung im Juni 2020 einen Sonderbeauftragten, Mohammed Sadiqi (ehemaliger pakistanischer Botschafter in Kabul), nach Katar geschickt.

Gleichzeitig fürchtet aber auch die pakistanische Regierung die Stärkung der afghanischen Taliban, weil sie eine Solidarisierung ihrer eigenen Taliban mit Al Kaida befürchtet.

- Reaktion Europas

Die europäischen Staaten begrüßten das Abkommen. Sie wünschten eine Beendigung der Feindseligkeiten in Afghanistan und eine demokratische Entwicklung des Landes. Der Bürgerkrieg von 1991 darf sich nicht wiederholen. Die NATO machte aber den Abzug der europäischen Truppen von der Erfüllung durch die Taliban abhängig.

Die zukünftige afghanische Regierung müsste eine innere Sicherheit schaffen sowie gegen Terrorismus und Drogenhandel kämpfen. Auch dürfte sie sich in Zukunft nicht in die inneren Angelegenheiten der zentralasiatischen Staaten einmischen.

Dies entsprach im Wesentlichen der Sicht der oben genannten regionalen Staaten.

Die Verhandlungen zwischen Taliban und afghanischen Regierungsvertretern in Doha

Nach der Entlassung von 400 gefährlichen Taliban – Kämpfern aus afghanischer Haft, hatten sich die Taliban bereit erklärt, Verhandlungen mit der afghanischen Delegation aufzunehmen. Das geschah zum Jahrestag der Zerstörung des World – Trade-Centers in New York und des Angriffs auf das Pentagon in Washington D.C. am 11. September – in den Augen der Taliban ein weiterer symbolischer Sieg. Aber auch anscheinend ein Sieg für die internationale Staatengemeinschaft, die diese Verhandlungen als Wiedererlangung der Selbständigkeit eines neuen, souveränen Afghanistan betrachtet.

Natürlich ist jede Aktivität für die Erlangung des Friedens positiv, aber ich sehe diese Verhandlungen zwischen den Turban tragenden bärtigen Fundamentalisten und den in westlicher Kleidung auftretenden Vertretern der afghanischen Regierung mit großer Skepsis.

Zu Beginn des Treffens betonten beide Seiten ihre Grundsatzpositionen: während die Taliban einen zukünftigen Staat sich nur auf der Grundlage eines islamischen Emirates vorstellen können und dabei keinerlei Kompromisse eingehen wollen, verweist die andere Seite auf die Verfassung einer bestehenden islamischen Republik und Respektierung aller islamischen Rechtsregeln, die aber in den Augen der Taliban vom Westen, den Nicht-Muslimen, aufgezwungen wurde. In der Rechtsprechung berufen sich die Taliban auf den Koran, auf die Aussagen des Propheten Mohamed und Sunna sowie auf das religiöse Gesetz der Scharia mit Hanafi-Rechtsregel (Rechtsprechung nach Sunnitischer Rechtsvorstellung). Die Taliban wollen einen „sauberen“ islamischen Rechtsstaat, der nur die Rechte der Sunniten anerkennt. Das würde bedeuten, dass 10% der afghanischen Bevölkerung, die schiitischen Glaubens sind, sowie die hinuistische Minderheit unterdrückt würden.

Auch gibt es Unterschiede in der Auffassung der Verhandlungen. Die Taliban meinen, dass das Abkommen zwischen den USA und den Taliban vom Februar 2020 die Grundlage für das zukünftige Afghanistan bildet. Umgekehrt ist die afghanische Regierung bzw. afghanische Delegation der Meinung, dass dieses Abkommen, das ohne Beteiligung der afghanischen Regierung und des afghanischen Volkes stattfand, aus völkerrechtlicher Sicht nicht als Grundlage anerkannt werden kann.

Der große Streitpunkt bleibt die Rolle der Frau und die Rechte der Minderheiten. Die Erinnerung an die Herrschaft der Taliban in Afghanistan von 1994-2001 lassen nichts Gutes erwarten: es war eine Zeit der Unterdrückung des zivilisatorischen Fortschritts und jeglicher demokratischen Ideen. Deshalb blieb die erste Runde diese Verhandlung erfolglos.

Zu Beginn der Konferenz waren 20 Außenminister online zugeschaltet – mit Ausnahme der Russlands und des Iran -, die ihrer Hoffnung Ausdruck gaben, dass nach einer Einigung der Verhandlungspartner das afghanische Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen könnte. Dabei betonten sie, dass die erreichte Demokratisierung und die Frauenrechte eine unverrückbare Position der Verhandlungen seien. Das aber entspricht keinesfalls der Auffassung der Taliban, die weiterhin in allen Provinzen Afghanistans mit brutaler Gewalt Angst und Schrecken verbreiten, um ihre Position durchzusetzen, da sie in einer demokratischen Wahl nie ihre Ziele durchsetzen könnten.

Der US-Außenminister Pompeo hatte zu Beginn der Konferenz betont, dass die USA keinesfalls ihre Vorstellungen und ihr System durchsetzen wollten und allein Afghanistan darüber entscheide, wie die Zukunft des politischen Systems aussehen solle – aber die weitere wirtschaftliche Unterstützung sei abhängig von einem wirklichen Friedensschluss der Konfliktparteien.

Nach einer einmonatigen Verhandlungspause zwischen Taliban und der afghanischen Regierung, kamen die afghanischen Vertreter im Januar 2021 mit 28 neuen Verhandlungspunkten und die Taliban mit 21 nach Doha zurück.

Die afghanische Regierung verlangt als Voraussetzung für die Fortsetzung der Verhandlungen einen allgemeinen Waffenstillstand und grundsätzlich offene Verhandlungen über das zukünftige politische System des Staates und dadurch bedingte Verfassungsänderungen.

Die Taliban hingegen fordern grundsätzlich die Umwandlung des Staates in ein Emirat auf der Basis der Scharia als Voraussetzung aller weiteren Verhandlungen und dem Inkrafttreten eines Waffenstillstandes.

Beide Seiten warteten gespannt auf die Wahlentscheidung in den USA, bevor sie eine Entscheidung über einen möglichen Kompromiss fällen wollten. Zwischenzeitlich loteten beide Seiten die Einstellungen der Nachbarstaaten in der Region aus. Beide Seiten besuchten den Iran, Russland und China, Afghanistan auch die zentralasiatischen Staaten. Moskau versuchte als Gastgeber zwischen den Interessen der Kontrahenten und den regionalen Staaten zu vermitteln und lud am 19. März 2021 zu einer Konferenz in Moskau unter Vertretern der drei Mitglieder des Sicherheitsrates der UN – Russland, China, USA –, die Kontrahenten und Pakistan als Unterstützer der Taliban, ein.

Dabei wurde von allen Ländern einstimmig entschieden, dass eine Umwandlung Afghanistans in ein Emirat nicht akzeptabel sei. Die Konfliktparteien wurden aufgefordert einen sofortigen Waffenstillstand in die Wege zu leiten und eine Koalitionsübergangsregierung zu bilden. Dieser Beschluss wurde von der afghanischen Regierung begrüßt, von den aber Taliban kategorisch abgelehnt.

Der neue amerikanische Präsident Joe Biden erklärte fast gleichzeitig, auf die Frage eines Journalisten, dass er den russischen Präsidenten Putin durchaus als Mörder bezeichnen würde und ihn der Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf für schuldig halte. Als Reaktion auf diese Äußerung Bidens zog Russland seinen Botschafter aus Washington ab und forderte den US Botschafter auf, Moskau zu verlassen.

Afghanistan nach dem Ende der Präsidentschaft von D. Trump

Nach dem Wahlerfolg des Demokraten Joe Biden gegenüber dem republikanischen Präsidenten Donald Trump im November 2020 äußerte er sich in Bezug auf seine Afghanistanpolitik, dass er über den von seinem Vorgänger mit den Taliban geschlossenen Vertrag von Doha nachdenken werde. Dabei sollte man sich in Erinnerung rufen, dass er sich während des Wahlkampfes kritisch über Afghanistan und seine Bevölkerung geäußert hatte, er wie auf die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des Landes hin und zeigte sich überzeugt davon, dass die unterschiedlichen Ethnien kein einheitliches Staatsvolk bilden würden und ihre Stammesinteressen über denen des Nationalgefühls ständen. In diesem Zusammenhang betonte Biden, dass die USA und die NATO-Staaten in Afghanistan gegen Al-Kaida und andere terroristische Gruppierungen gekämpft hätte, aber keineswegs für die Konsolidierung eines gemeinsamen Staatsidee.

Am 14. April 2021 gab er nun den Rückzug der noch verbliebenen amerikanischen Truppen bis zum 11. September 2021, dem 20. Jahrestag des Terrorangriffs auf das World Trade Center und das Pentagon, bekannt. Er betonte, dass er nach langen Beratungen mit seinen Experten und Telefongesprächen mit dem afghanischen Präsidenten Ashraf Gani, zu diesem Beschluss gekommen sei, diesen Krieg, der seit vier US-Präsidentschaften von den USA geführt werde – von zwei republikanischen und zwei demokratischen Präsidenten – zu beenden. Er betonte, dass dieser Krieg die USA sehr viel an Geld und Menschenleben abgefordert hätte – und das seit 20 Jahren – und er wolle ihn nicht noch unbegrenzt weiter führen. Außerdem sei es an der Zeit, dass Afghanistan seine Probleme selbst lösen müsse, ohne dabei auf amerikanische nichtmilitärische

Hilfe verzichten zu müssen – die USA seien bereit, weiterhin große finanzielle Unterstützung zu leisten. An den Truppenrückzug knüpfte er für beide Seiten keinerlei Bedingungen.

Am selben Tag trafen sich die Natomitglieder im Brüsseler Hauptquartier unter Generalsekretär Stoltenberg, akzeptierten die Entscheidung des US Präsidenten und stellten fest, dass nach dem Abzug der US-Truppen, der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Abkommens, nicht mehr gegeben sei und sie deshalb auch Afghanistan verlassen müssten. Stoltenberg stellte fest, dass weitere finanzielle Hilfe an Afghanistan selbstverständlich geleistet werde.

Am 15. April flog der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken nach Kabul, wo er Gespräche mit unterschiedlichen afghanischen Politikern und demokratischen Organisationen führte und seinen Gesprächspartnern versicherte, dass die USA und die NATO-Staaten weiterhin finanzielle und ideeller Hilfe leisten würden und dass alle weiteren offenen Fragen in einer am 24. April in Istanbul stattfindenden Konferenz geklärt werden sollten.

Die amerikanische Entscheidung, sich aus Afghanistan zurückziehen, hat weltweit unterschiedlichste Reaktionen ausgelöst.

Eine Reihe von Kommentatoren begrüßte die Entscheidung, während andere sich sehr kritisch äußerten. Die Befürworter betonten die finanziellen Vorteile, während die Kritiker auf die mögliche Gefahr eines Bürgerkrieges, chaotischer Zustände und auf die Wiedererstarkung des Terrorismus während und nach dem Rückzug der ausländischen Truppen hinwiesen.

Die Istanbul-Konferenz

Die Istanbul-Konferenz über die Zukunft Afghanistans wird unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres stehen und vom türkischen Präsidenten Erdogan und dem Emir von Katar unterstützt.

Anwesend werden – teilweise online – mehr als 40 Außenminister, die über die Zukunft Afghanistans beraten werden. Dabei sollen die unterschiedlichen Positionen der afghanischen Regierung und die der Taliban zur Sprache kommen und eine Annäherung ermöglicht werden. Bis zum augenblicklichen Zeitpunkt blockieren die Taliban die Konferenz, da die Amerikaner in dem Doha-Abkommen den Rückzug auf Anfang Mai bereits zugesagt hätten und die Verzögerung bis September nicht annehmbar sei. Dabei spielen auch fundamentalistische-islamistische Überlegungen eine Rolle, dass im Fastenmonat Ramadan keine Konferenz stattfinden könne. Deshalb würden sie der Konferenz fernbleiben.

Ob es nun nach einem Friedensschluss mit diesen internen Akteuren zu einem stabilen Frieden kommen wird, ist abzuwarten.

1. Daniele Ganser, *Imperium USA*, Zürich 2020, S. 271
2. Daniele Ganser, *Imperium USA*, Zürich 2020, S. 270 ff.
3. Vgl. ebenda
4. Vgl. Black and White Ex-President Karzai: on his Presidential Journey Tolonews # news # Afghanistan in Sprach: Dari 2019
5. John Bolton, *Der Raum, in dem alles geschah*, New York und Berlin 2020, S. 267
6. Präsident Donald J. Trump's State of the Union Address, 5. Februar 2019, in: John Bolton, *Der Raum, in dem alles geschah*, New York und Berlin 2020, S. 273-274
7. Vgl. Der Spiegel Nr. 16 / 11.4.2020; Vgl. Der Neue Kosmos Welt Almanach und Atlas 2021, Daten, Fakten, Karten, Stuttgart Jul. 2020, S. 30-31

